



Editorial

Liebe Spenderinnen und Spender
Liebe Leserinnen und Leser

Erinnern Sie sich an meine einleitenden Worte in den letzten Kurznachrichten? Ich habe die Frage aufgeworfen, ob das vom Staat für die Fussball-Europameisterschaft zur Verfügung gestellte Geld nicht besser anderen Bereichen hätte zugutekommen sollen. An die Bankenwelt habe ich damals allerdings nicht gedacht. Nun werden nicht nur in der Schweiz Unmengen von Geld in private Bankinstitute investiert, weil anscheinend im freien Markt nur der Staat in der Lage ist, das System zu retten. Die Staaten – in guten Zeiten von der privaten Wirtschaft nur als Störfaktor wahrgenommen – werden bekniert und diejenigen, welche in der Vergangenheit den Sozialstaat als kaum finanzierbar bezeichnet haben, machen sich dafür stark, dass der Staat in die Bresche springt. Geld scheint keine Rolle zu spielen: Ein Land überbietet das andere mit Garantien und finanziellen Hilfspaketen.

Ich gebe es zu, dass ich nur wenig verstande von den Geldflüssen und ihren Auswirkungen auf die (Volks-)wirtschaft. Dennoch frage ich mich, was wäre, wenn? Wäre das an der Börse vernichtete Geld in Stiftungen wie die Stiftung Gertrud Kurz geflossen, hätten viele tolle Projekte mit hunderttausenden und nicht nur mit 1000 Franken unterstützt werden können. Auch mit den 62 Milliarden Franken der Nationalbank hätten soziale Einrichtungen und Institutionen viel Gutes bewirken oder hätte der Schuldenberg von Drittweltländern massiv reduziert werden können. Dass das Hilfspaket für die Grossbank ausgerechnet von der Bun-



Illustration: EFEU

desrätin vertreten wird, die in diesem Jahr den «übermässigen administrativen Aufwand für Asylgesuche» auf den Schweizer Auslandvertretungen geisselte und diese Möglichkeit in Zukunft unterbinden will, mutet grotesk an. Sie will das Einfallstor für jene Schutzbedürftigen schliessen, die sich den Weg nach Europa nicht leisten können. Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf erhofft sich mit dieser und anderen Änderungen Einsparungen in Millionenhöhe. Gleichzeitig betreibt sie auch einen Abbau einer originären Aufgabe des Staates, nämlich Schutz zu bieten (im Notfall auch für jene, welche sich nicht auf denjenigen ihres Heimatstaates verlassen können).

Hier wird genommen, dort gegeben

Neben diesen allgemeinen Fragen stellen sich auch ganz konkrete: Hat die Finanzkrise auch negative Auswirkungen auf das Vermögen unserer Stiftung? Ich kann Sie beruhigen, das Stiftungskapital ist so konservativ angelegt, dass dieser Sturm ohne grossen Schaden an uns vorbeiziehen wird. Doch werden Sie, liebe Spenderinnen und Spender, uns weiterhin die Treue halten und unsere Arbeit unterstützen? Haben Sie weiterhin die finanziellen Möglichkeiten? Das hoffe ich für Sie und natürlich auch für uns. Denn den Spenden gilt, neben den zu unterstützenden Gesuchen, weiterhin unsere volle Aufmerksamkeit. Erneut haben wir versucht, neue Personen vom Sinn einer Spende für unsere Stiftung zu überzeugen. Jedes Stiftungsratsmitglied hat sich

in seinem Bekanntenkreis für die Stiftung starkgemacht, verbunden mit der Hoffnung, dass Spenden folgen.

Auch in dieser Ausgabe stellen wir ein von uns unterstütztes Projekt vor. Die «offene Theaterwerkstatt Aussersihl» in Zürich vermittelt Jugendlichen und Kindern Sprachkompetenz über Rollenspiele. Die Stiftungsratsmitglieder Rohit Jain und Jürg Meyer befassen sich auf Seite 3 mit der Schwarzenbach-Initiative. Und die Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen, Simone Prodolliet, nimmt sich des Konzepts der Integration an.

Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre und danke für Ihre Verbundenheit mit unserer Stiftung.

Mit freundlichen Grüssen

Ch Peter

Christian Peter
Präsident der Stiftung Gertrud Kurz

Doris Christen gibt ihr Amt ab

Seit über zehn Jahren amtierte Doris Christen als Buchhalterin der Stiftung Gertrud Kurz. Dieses Amt übernahm sie von ihrem Vater. Die Ära Christen geht somit zu Ende. Wir verlieren eine ordnende Hand, auf die man sich immer hat verlassen können. Unaufgeregt und mit grossem Sachverstand schaute sie bei der Buchhaltung zum Rechten und dafür, dass die Revision nie viel zu tun hatte. Im Namen des ganzen Stiftungsrates danke ich Doris Christen ganz herzlich für ihren langjährigen Einsatz.

In dieser Nummer

Unterstütztes Projekt:	
«Offene Theaterwerkstatt Aussersihl»	2
Anekdote aus der Integrationsgeschichte:	
Die Schwarzenbach-Initiative	3
Kurzgedanken von Simone Prodolliet	4

Mit Theater zu mehr Selbstvertrauen

Der Verein VAST (Verein für Austausch, Soziokultur und Theater) in Zürich fördert die Integration von Kindern und Jugendlichen mittels Theater. In der offenen Theaterwerkstatt werden die Jugendlichen aus ihrem Alltag abgeholt und in Rollenspielen, die in einem Theaterstück gipfeln, im Umgang mit Sprache, Gefühlen und ihrem Selbstbewusstsein geschult.

Marina, wie sieht dein Konzept zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen konkret aus?

Marina: Wir versuchen den Kindern einen Rahmen zu geben, in dem sie keine Ausgrenzung erfahren, losgelöst von Schule und Eltern. Es geht darum, den Umgang mit Sprache, der fremden wie auch der eigenen, zu fördern, den Kindern mehr Sicherheit zu geben. Hier können sie auch in der eigenen Sprache sprechen, ohne dass sie sich dafür schämen müssen. Zudem arbeiten wir an der Akzeptanz von verschiedenen Hautfarben und Nationalitäten.

Wieso setzt ihr gerade das Mittel Theater für diesen Zweck ein?

Marina: Grundsätzlich geht es darum, eine kreative Arbeit in einem Team zu entwickeln. Die Ideen der anderen zu akzeptieren, sich davon inspirieren zu lassen und eigene Ideen einzubringen. Dieser Prozess läuft darauf hinaus, sich einer Gruppe zugehörig zu fühlen, Aufmerksamkeit zu erhalten sowie Feedback zu bekommen, Selbstvertrauen zu gewinnen und Toleranz und Verständnis für andere zu entwickeln. Das Theaterspiel hilft, sich zu öff-

Gruppenarbeiten können eine ruhige Atmosphäre schaffen oder wir arbeiten mit Texten und Reimen, die eine hohe Konzentration erfordern und aufbauen, um eine gewisse Dynamik Einzelner zu durchbrechen.



Ideenentwicklung für neue Rollen unter der Leitung der Theaterpädagogin Marina Navarrete.

Bild: Dani Ernst

nen, «biegsamer» zu werden. Die Kinder lernen, laut zu sprechen, sich zu artikulieren und Rollen einzunehmen, die sie im Alltag nicht haben. Ein sich unterordnendes Kind mimt einen König und nimmt so einen anderen Status ein. Ein eher aggressives Kind spielt in seiner Rolle Liebe und Zuneigung, das Gegenteil von dem, was es sonst verkörpert. So erleben sie andere Perspektiven, lernen ihre Potenziale kennen und können ihr Selbstwertgefühl steigern. Zudem lesen wir auch in der Gruppe und verknüpfen so neuen Wortschatz mit ihren Rollen.

Wie gehst du bei der Erarbeitung eines Stücks vor?

Marina: Neben den Geschichten, die wir gemeinsam lesen, bringen die Kinder und Jugendlichen eigene Ideen ein. Auf diesem Material bauen wir dann auf. Wir behandeln aber auch Themen aus dem Kinderalltag (Ausgrenzung, Gewalt, Alleinesein etc.). Letztes Jahr hatten wir «Clown» als Motiv und dann daraus einen Zirkus entwickelt – Clown als Konzept der Offenheit, der Spontaneität, der Lust am Scheitern. Oder eigene Schwächen zu finden und Freude zu entwickeln, diese den anderen zu präsentieren.

Und an wen richtet sich euer Angebot?

Marina: Es werden Kinder und Jugendliche zwischen 9 und 13 Jahren mit schwierigen sozialen Hintergründen angesprochen. Die allermeisten sind Ausländer. Langsam etabliert sich auch der Kontakt zu den Eltern. Wir lassen sie eine Vereinbarung unterschreiben, in der es Regeln gibt. So werden wir nicht als Kinderbetreuung wahrgenommen. Unentschuldigtes Fernbleiben wird mit einem klei-

nen finanziellen Betrag sanktioniert. Die Eltern sind regelmässig an Apéros und die Aufführungen eingeladen. Damit versuchen wir eine Identifizierung mit dem Quartier zu erlangen und bringen sie so auch über ihre Kinder in Kontakt mit weiteren Angeboten des Quartierzentrums.

Bei so vielen verschiedenen Kinderbiografien und Hintergründen kommt es sicher auch mal zu Konflikten. Wie gehst du damit um?

Marina: Natürlich gibt es Konflikte, weil wir auch schwierige Kinder haben. Wir müssen dann die Grenzen sehr klar ziehen. Im schlimmsten Fall müssen wir ein oder mehrere Kinder ausschliessen. Mit Ritualen versuchen wir die Akzeptanz zu fördern. Gruppenarbeiten können eine ruhige Atmosphäre schaffen oder wir arbeiten mit Texten und Reimen, die eine hohe Konzentration erfordern und aufbauen, um eine gewisse Dynamik Einzelner zu durchbrechen.

Irgendwann ist die Theaterwerkstatt zu Ende und die Aufführung gehört der Vergangenheit an. Was nehmen die Kinder und Jugendlichen aus den gemeinsamen Erfahrungen mit?

Marina: Es bleibt ihnen, was sie gelernt haben: Rollen und Gefühle zu spielen, verschiedene Status zu erleben, was sie gewöhnlich nicht tun. Souveränität, Eigenständigkeit sowie die Wahrnehmung der eigenen Körpersprache sind Dinge, die sie im normalen Leben nutzen können. Zudem braucht es Mut, vor Publikum zu spielen. Bis sie so weit sind, proben sie und kopieren sich, aber vor allem lernen sie voneinander.

Interview: Dani Ernst, Stiftungsrat

Im Streit um die Schwarzenbach-Initiative Erinnerungen eines Aktivisten von damals

«Schwarzenbach-ab», stand auf dem Knopf, den wir im Vorfeld der Volksabstimmung zur Schwarzenbach-Initiative vom 7. Juni 1970 mit Überzeugung trugen. «Ja, ja, ja», malten dagegen überzeugte Befürwortende an die Mauern. In Arbeitsbetrieben, Schulklassen, Familien, auf Strassen und Plätzen wurde um diese Initiative mit Leidenschaft gestritten.

«Wir fühlen uns in unseren Gemeinden und in unserem Lande nicht mehr zu Hause», bekamen wir von den Befürwortenden zu hören. Es sei doch nicht verantwortbar, die Menschen, die wir stets gebraucht hätten, mutwillig nach Hause und in die Arbeitslosigkeit zu schicken, erwiderten wir. Das Unbehagen, das wir zu spüren bekamen, galt eigentlich nur zu einem kleinen Teil den ausländischen Menschen.

Der Volksabstimmung zur Schwarzenbach-Initiative gingen Jahre eines massiven Wirtschaftswachstums mit einem beängstigenden Bauboom, einer gefährlichen Zersiedelung der Landschaften und einer massiven Wohnungsnot voraus. Spekulationsgeschäfte korrumpierten zahlreiche Behörden, vor allem in den Planungsorganen der Gemeinden und Kantone. Das Unbehagen über diese Entwicklung vermischte sich mit der Ausländerthematik.

Wir reagierten nach der Volksabstimmung zur Schwarzenbach-Initiative mit der Lancie-

rung der Mitenand-Initiative als positive Alternative, die jedoch nach anfänglich überparteilicher Unterstützung 1981 mit nur 16% Zustimmung bachab geschickt wurde. Trotzdem gab es seither in der Schweiz in Partnerschaft mit den Ausländervereinigungen stets Bewegungen der Solidarität mit der ausländischen Bevölkerung. Zuerst war dies die Arbeitsgemeinschaft Mitenand, dann die Bewegung für eine offene, demokratische Schweiz und die Asylkoordination, schliesslich bis heute Solidaritésans Frontières. Auf der anderen Seite zeigte das Ergebnis der Schwarzenbach-Initiative die Stimmkraft der nationalistischen Rechten. Immer stärker wurden die Konzessionen vor allem der bürgerlichen Parteien und der Behörden zu deren Gunsten, immer schwächer die Suche nach menschlich tragfähigen Lösungen für die migrierenden Menschen. Dies zeigte sich unter anderem bei der Annahme der neuen Asyl- und Ausländergesetze im Jahr 2006 durch die Schweizer Bevölkerung.

Jürg Meyer, Stiftungsrat

Die Initiative

Die so genannte Schwarzenbach-Initiative (auch 2. «Überfremdungsinitiative») wurde 1968 von der «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» eingereicht und forderte die Beschränkung der ausländischen Bevölkerung auf 10% der Gesamtpopulation. Lediglich Saisoniers ohne

Familiennachzug und Fachkräfte aus der Pflege, Diplomaten und Hochschullehrer wären von dieser Plafonierung ausgenommen gewesen. Zudem wären Unternehmen verpflichtet gewesen, bei Kostendruck ausländische ArbeitnehmerInnen vor SchweizerInnen zu entlassen. Bei einer sehr hohen Stimmbeteiligung von 74% (nur Männer) wurde die Initiative am 7. Juni 1970 nur knapp abgelehnt und 300 000 ausländische Jahresaufenthalter blieben von der Ausschaffung verschont. Obwohl Bundesrat, Parlament, Wirtschaft und Gewerkschaften die Initiative ablehnten, konnte die parlamentarisch marginale Nationale Aktion mit ihrem nationalistischen und rassistischen Anliegen mit 46% fast die Hälfte der Stimmbewölkerung gewinnen. Dieser unerwartete Erfolg der Initiative ist dem unermüdlichen Einsatz, dem populistischen Stil und dem autoritären Charisma des Anführers der «Überfremdungsbewegung» James Schwarzenbach zuzuschreiben, nach dem diese auch benannt ist. Dieser Rechtsintellektuelle aus einer der mächtigsten grossindustriellen Familien Zürichs verfolgte als frontistischer Aktivist, Publizist, Verleger und Autor eine revisionistische Ideologie, in der er eine mythische, vormoderne Eidgenossenschaft von kapitalistischen, jüdischen und kommunistischen Verschwörungen bedroht sah. Obwohl seine radikale Weltanschauung in der Schweiz kaum massentauglich war, erreichte sein populistischer Stil Modernisierungsverlierer aus allen Schichten.

Bis 1974 wurde noch über zwei weitere «Überfremdungsinitiativen» abgestimmt, die jedoch klarer abgelehnt wurden. Zum einen hatte die knappe Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative trotz des Achtungserfolgs die politische Grenze der «Überfremdungsängste» aufgezeigt, zum anderen bewirkte die Rezession in Folge der Ölkrise die Abnahme der Nachfrage der Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften aus dem Ausland, was die Migrationsbevölkerung und damit auch die Ängste in der Schweizer Bevölkerung minderte. Trotz der Niederlagen haben Schwarzenbach und die «Überfremdungsbewegung» den Rechtspopulismus in der Schweizer Politik verankert.

Literatur

- Buomberger, Thomas (2004): Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher. Zürich: Orell Füssli
- Drews, Isabel (2005): Schweizer erwache! Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978). Frauenfeld: Huber Frauenfeld Verlag



Stimmungsmache 1974 während des Abstimmungskampfes um die Überfremdungsinitiative.



Quelle: Buomberger, Thomas (2004)

Rohit Jain, Stiftungsrat

Messen, klassifizieren und – sanktionieren?

Seit geraumer Zeit geistert ein neues Zauberwort durch die helvetische Politlandschaft: Integration. Die in den neunziger Jahren mit grossem Enthusiasmus in Gang gesetzte Integrationspolitik steht heute an der Schwelle zu einer neuen Phase: Das Konzept der «Integration» droht zu einem Sanktionsinstrument zu werden.

Ein Blick zurück

Die schweizerische Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte lässt sich in zwei Phasen einteilen: In der ersten Phase seit den siebziger Jahren bis Anfang der neunziger Jahre wurden vereinzelt Projekte zur Förderung der Integration in grösseren Städten und von Institutionen der Zivilgesellschaft unterstützt. Der Beginn einer Integrationspolitik ist jedoch erst ab Mitte der neunziger Jahre festzustellen. Die Einführung eines Gesetzesartikels zur Förderung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern ermöglichte es dem Bund, finanzielle Beiträge für entsprechende Vorhaben auszurichten. Die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung von Projekten rief nicht nur zahlreiche neue Initiativen auf den Plan, sondern würdigte auch bisher erbrachte Bemühungen von ehrenamtlich Tätigen. Neben der Umsetzung konkreter Projektaktivitäten fand auch auf politischer Ebene ein Umdenken statt: Kantone und grössere Gemeinden setzten Integrationsdelegierte ein und reservierten zum Teil in ihren Budgets eigene Ausgabenposten zur Förderung der Integration.

Das neue Ausländergesetz (seit Januar 2008) liefert nun die Grundlage für eine umfassende Integrationspolitik. Der Begriff der Integration wird somit massgebend bei Fragen der Zulassung, der Niederlassung, bei Wegweisungen und Einreiseverboten sowie im Zusammenhang mit so genannten Integrationsvereinbarungen, die für bestimmte Personengruppen abgeschlossen werden können.

Begriff der Integration im Gesetz als Chance und Gefahr

Die Chancen des neuen Gesetzes liegen darin, dass Integration als politisches Ziel definiert wird und somit Integrationsförderung bessere gesellschaftliche und finanzielle Rahmenbedingungen erhält. Andererseits birgt die konkrete Anwendung der Bestimmungen in der Praxis die Gefahr der Ungleichbehandlung, wenn etwa Behörden von Kantonen und Gemeinden ihren Ermessensspielraum unter-



Simone Prodoliet, promovierte Ethnologin und Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen. Bild: zvg

schiedlich interpretieren. Die vorgesehenen Bestimmungen können zudem lediglich bei Personen aus Drittstaaten angewendet werden – das Freizügigkeitsabkommen mit den EU- und EFTA-Staaten verbietet es, den Aufenthalt von EU- und EFTA-Staatsangehörigen in der Schweiz an Bedingungen zu knüpfen. Somit ergeben sich weitere Ungleichbehandlungen: Von einer Türkin könnte verlangt werden, eine Integrationsvereinbarung abzuschliessen, nicht jedoch von einer Polin.

Mehrere Vorstösse im nationalen Parlament zeigen, wie das Integrationskonzept als Sanktionsinstrument verwendet werden soll. Lukas Reimann etwa will mit seiner Motion «Niederlassungsbewilligung nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen» sicherstellen, dass nur jene Ausländer eine Niederlassungsbewilligung erhalten, die über ausreichende Kenntnisse einer Landessprache verfügen. Dieselbe Stossrichtung verfolgt auch die Parlamentarische Initiative von Philipp Müller, der die «Rückstufung eines niedergelassenen, integrationsunwilligen Ausländers zum Jahresaufenthalter» erwirken will. Im Auge hat Nationalrat Müller dabei jene «Ausländer mit Niederlassungsbewilligung, die nicht gravierend straffällig sind», sich jedoch «partout in der Schweiz nicht integrieren wollen». Einen Schritt weiter geht eine Motion der Fraktion der SVP. Ihre Sprecherin Jasmin Hutter fordert, dass «Ausländer, welche sich erwiesenermassen weigern, sich zu integrieren, d.h. die Schweizer Regeln (z.B. Erlernen der Sprache) zu akzeptieren, ihre Niederlassungsbewilligung verlieren und ausgeschafft werden können». Ausnahmen machen möchten die Motionäre für Fachkräfte und Manager mit Englischkenntnissen an Hochschulen und in international tätigen Unternehmen. Das heisst, dass ein US-amerikanischer Manager ohne Vorprüfung als integriert gilt, wogegen ein ebenfalls Englisch

sprechender pakistanischer Detailwarenhändler ausgeschafft werden könnte, falls er über ungenügende Kenntnisse einer hiesigen Sprache verfügt.

Messen und sanktionieren

Diese parlamentarischen Vorstösse zeigen, dass zurzeit in der Debatte um Integration eine gefährliche Richtung eingeschlagen wird. Der politische Diskurs entfernt sich mehr und mehr von der Frage nach den «günstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen», die Integration fördern. Der Fokus wird stattdessen immer stärker auf zu erbringende Leistungen spezifischer Gruppen der Migrationsbevölkerung gelegt. Konkrete Kriterien zur Messung des Grads der Integration tragen den vielfältigen Lebensbedingungen und den unterschiedlichen Bildungshintergründen vieler Migrantinnen und Migranten jedoch nicht Rechnung und produzieren dadurch zwangsläufig neue Formen der Ungleichbehandlung. Messen, klassifizieren und – bei Note «ungenügend» – sanktionieren, so scheint heute das Rezept in der Integrationsförderung zu lauten. Und es ist zu befürchten, dass dieses in Zukunft mehrheitsfähig wird. Die Vorstösse wurden im Parlament noch nicht behandelt. Es bleibt zu hoffen, dass der Begriff der Integration – heute noch im Sinne von unterstützender Förderung – nicht zu einem Sanktionsinstrument verkommt.

Simone Prodoliet

Impressum

Verantwortliche Redaktion: Dani Ernst, Rohit Jain
Erscheinungsweise: zweimal jährlich (Mai+November)
Druck: Stämpfli AG Bern
Lektorat: Lektorama, Zürich
Grafisches Konzept/Layout: Esther Bruni, Thun
Auflage: 900 Ex.
Adresse: Stiftung Gertrud Kurz, Postfach 8344, 3001 Bern